

Grenzüberschreitender Bürgerdialog

19.-20. November 2021

im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“



Inhalt

Agenda	3
Einführung zum grenzüberschreitenden Bürgerdialog	5
Eröffnung	5
Begrüßungen der beteiligten Kommunen	6
Einführung in den Veranstaltungsablauf	7
Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger	7
Aktuelle Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	10
Ideen aus den Arbeitsgruppen	10
Demokratie in Europa	11
Klimawandel und Umwelt	12
Bildung, Kultur, Jugend und Sport	14
Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit	15
Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, Digitalisierung	16
Schlussworte	18
Anhang: Verteilung der Teilnehmenden des Bürgerdialogs	19

Agenda

Freitag, den 19. November 2021

Zeit	Modul	Wer
18:00 – 18:10	Begrüßungen und Eröffnung	Brigitte Torloting, Vizepräsidentin der Region Grand Est Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel, Grenz- überschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg
18:10 – 18:30	Begrüßungen	Marc Zingraff, Bürgermeister von Sarreguemines Frédéric Pfliegersdoerffer, Bürgermeister von Marckolsheim Raphael Walz, Bürgermeister der Stadt Gundelfingen Martin Löffler, Bürgermeister der Stadt Müllheim
18:30 – 18:40	Einführung in den Bürgerdialog und in den Veranstaltungsablauf	Annika Schuster, DIALOG BASIS
18:40 – 19:30	Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger	Alle Erstellung einer Begriffswolke
19:30 – 19:50	Pause	
19:50 – 20:00	Impuls: Aktuelle Themen der grenz- überschreitenden Zusammenarbeit	Peio Dugoua-Macé, Mouvement Européen d'Alsace
20:00 – 20:50	Europa der Zukunft: Schwerpunkthemen für den Bürgerdialog	Alle Festlegung und Priorisierung von Themenbereichen für den Dialog
20:50 – 20:55	Zusammenfassung und nächste Schritte	DIALOG BASIS
20:55 – 21:00	Vorstellung des Studierendenprojektes	Helene Reis & Anastasia Christmann, DHBW Mannheim

Samstag, den 20. November 2021

Zeit	Modul	Wer
09:00 – 09:15	Rückblick in die Ergebnisse des ersten Tages, Einführung in den Veranstaltungsablauf	Annika Schuster, DIALOG BASIS
09:15 – 09:30	Einwahl in die Gruppenräume	
09:30 – 12:00	Thematische Arbeitsgruppen: Kritik, Visionen und konkrete Ideen 1. Demokratie in Europa 2. Klimawandel und Umwelt 3. Bildung, Kultur, Jugend und Sport 4. Werte und Rechte, Rechtstaatlichkeit, Sicherheit 5. Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, Digitalisierung	Alle
12:00 – 13:00	Mittagspause	
13:00 – 13:45	Wo stehen wir: Präsentation der Ideen aus den Arbeitsgruppen	Moderatorinnen und Moderatoren der Arbeitsgruppen
13:45 – 13:50	Nächste Schritte	Timo Peters, Staatsministerium Baden-Württemberg
13:50 – 14:00	Schlusswort, nächste Schritte	Jean-Baptiste Cuzin, Abteilungsleiter grenzüberschreitende, Europäische und internationale Zusammenarbeit der Region Grand Est
14:00	Ausklang	

Einführung zum grenzüberschreitenden Bürgerdialog

Eröffnung

Brigitte Torloting, Vizepräsidentin der Region Grand Est

Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel,
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg

Brigitte Torloting, Vizepräsidentin der Region Grand Est, eröffnet den digitalen grenzüberschreitenden Bürgerdialog. Der Dialog wird in Zusammenarbeit zwischen der Region Grand Est und dem Staatsministerium Baden-Württemberg mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Kommunen der Region und Baden-Württembergs durchgeführt.

Frau Vizepräsidentin Torloting schildert die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Bereich der Bürgerbeteiligung. Neben dem Austausch auf politischer Ebene sind gemeinsame Ansätze u.a. zur Jugend im Dialog entwickelt worden. Mit dem grenzüberschreitenden Bürgerdialog zur Zukunft Europas können konkrete Ideen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aus den beiden Ländern aufgenommen und im Rahmen der Zusammenarbeit anschließend verfolgt werden.

Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg, schließt sich Frau Torloting an und betont, dass das Land Baden-Württemberg sich auf allen Ebenen zur Bürgerbeteiligung verpflichtet hat – mit dem grenzüberschreitenden Dialog und der Beteiligung von Menschen auf beiden Seiten der Grenze wird eine weitere Stufe erreicht. Gemeinsam soll in den nächsten anderthalb Tagen überlegt werden, wie die grenzüberschreitende Partnerschaft gepflegt, aber auch die Zukunft des gesamten Europas gestaltet werden könnte.

Die Empfehlungen der Teilnehmenden sollen auf der Online-Plattform der „Konferenz zur Zukunft Europas“ eingereicht, aber auch politisch diskutiert werden: Für Baden-Württemberg findet dies im Rahmen einer auswärtigen Kabinettsitzung in Brüssel statt. Zudem sollen die Ergebnisse im Rahmen eines „6-Regionen-Dialogs“ mit Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen, Niederschlesien (Polen), Karlovy Vary und Usti (beides Tschechien) weiter diskutiert werden. Zum 6-Regionen-Dialog laden die Region Grand Est und das Staatsministerium alle Teilnehmenden herzlich ein. Frau Dr. Zoller ermutigt die Teilnehmenden, den Dialog als eine Chance zu sehen, ihre Anregungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Zukunft Europas aktiv mit einbringen zu können.

Begrüßungen der beteiligten Kommunen

Marc Zingraff, Bürgermeister der Stadt Sarreguemines

Frédéric Pfliegersdoerffer, Bürgermeister der Stadt Marckolsheim

Raphael Walz, Bürgermeister der Stadt Gundelfingen

Martin Löffler, Bürgermeister der Stadt Müllheim

Nach den Eröffnungsreden begrüßen Bürgermeister von vier beteiligten Kommunen aus der Region Grand Est und Baden-Württemberg die Teilnehmenden.

Marc Zingraff, Bürgermeister der Stadt Sarreguemines, weist zunächst darauf hin, dass der Dialog zwischen den beiden Seiten vom Rhein auch im Alltag der Menschen vor Ort stattfindet. Viele Familien haben Verwandtschaft auf der anderen Seite der Grenze, auch die Wirtschaft in der Grenzregion ist eng verflochten. Zuletzt hat die Covid-19-Pandemie den Alltag in den beiden Ländern stark verändert – und auch den Bedarf für grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstrichen. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Dialog fortzuführen.

Frédéric Pfliegersdoerffer, Bürgermeister der Stadt Marckolsheim, bestätigt, dass auch in Marckolsheim grenzüberschreitende Verbindungen Alltag sind. Auch in verschiedenen europäischen Programmen wie INTERREG V ist die grenzüberschreitende Integration in den Fokus genommen worden. Er betont, dass der Dialog auf einer langen Tradition deutsch-französischer Zusammenarbeit aufbaut. Weiter ist der Bürgerdialog als Teil der Demokratie wichtig: Unterschiedliche Stimmen und Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger sollen einbezogen werden, sodass der Dialog nicht nur der politischen Ebene überlassen wird. Auch der 6-Regionen-Dialog und der Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürger aus anderen Grenzregionen ist in diesem Sinne wichtig.

Raphael Walz, Bürgermeister der Stadt Gundelfingen, freut sich über das Format mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern und betont, dass Europa vor großen Herausforderungen steht: Die Covid-19-Pandemie, die Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten sowie die aktuelle Migrationskrise mit Belarus/Russland und die Grenzsicherung bei kriegsähnlichen Zuständen sind nur einige Beispiele davon. Vor allem stellt der Klimawandel als zentrale Herausforderung unseres Jahrhunderts die EU auf die Probe. Hier muss Europa nicht nur reden, sondern konkrete Maßnahmen zeitnah umsetzen, um das 1,5-Grad-Ziel nur annähernd erreichen zu können.

Martin Löffler, Bürgermeister der Stadt Müllheim, beschreibt die vielen Anknüpfungspunkte, die Müllheim und seine Bürgerinnen und Bürger zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben: Neben dem Sitz der Deutsch-Französischen Brigade verfügt Müllheim über einen deutsch-französischen Kindergarten und eine intensive Partnerschaft mit der Stadt Gray auf der anderen Seite vom Rhein. Der Dialog gilt als Chance, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu reflektieren und neue Ideen dafür einzubringen.

Einführung in den Veranstaltungsablauf

Annika Schuster, Moderatorin DIALOG BASIS

Nach den Grußworten erläutert **Annika Schuster von DIALOG BASIS** als Hauptmoderatorin des grenzüberschreitenden Dialogs den Veranstaltungsablauf. Der von der Region Grand Est und vom Staatsministerium initiierte Dialog knüpft an die Konferenz zur Zukunft Europas an, die aktuell EU-weit stattfindet. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU werden Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Europas beteiligt. Neben den verschiedenen Veranstaltungen haben Europäerinnen und Europäer die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen auf der Online-Plattform der Konferenz unter <https://futureu.europa.eu> einzureichen, die Ideen anderer Menschen Europas zu kommentieren und diese zu unterstützen. Die EU hat sich verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Empfehlungen der Europäerinnen und Europäer anzuhören und daraus im Jahr 2022 Schlussfolgerungen mit Leitlinien für die Zukunft Europas zu erarbeiten.

Um Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Kommunen Frankreichs und Baden-Württembergs einzubeziehen, wird der Bürgerdialog digital auf WebEx durchgeführt. Dabei ist die Videokonferenz passwortgeschützt, sodass nur die geladenen Personen in den Raum gelangen können. Die Veranstaltung wird nicht aufgezeichnet und die Teilnehmenden namentlich nicht zitiert. Die gesamte Veranstaltung inklusive aller Unterarbeitsgruppen wird zweisprachig mit einer Simultandolmetsch-Funktion durchgeführt. Die Teilnehmenden haben auf WebEx die Möglichkeit auszuwählen, auf welcher Sprache sie die Veranstaltung verfolgen möchten – ihre Wortbeiträge werden dabei in die andere Sprache übersetzt.

Abschließend bietet Frau Schuster einen Blick auf die Verteilung der Teilnehmenden nach Nationalität, Geschlecht und Altersgruppe. Auf französischer Seite kommen die Teilnehmenden vorwiegend aus den Städten Buschwiller, Sarreguemines, Rhinau und Marckolsheim, auf deutscher Seite aus Gundelfingen, Iffezheim und Müllheim. Während männliche Teilnehmende leicht in der Überzahl sind, ist die junge Generation von 16-30-Jährigen besonders stark vertreten – passend für einen Dialog zur Zukunft Europas¹.

Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger

Nach den einführenden Beiträgen werden die Teilnehmenden nach ihren zentralen Themen mit Blick auf die Zukunft Europas befragt. Gemeinsam mit ihnen werden Themen, Chancen und Herausforderungen für die EU ausgearbeitet. Die Themen und Anregungen der Teilnehmenden werden dabei simultan in einer Begriffswolke festgehalten:

¹ Genauere Informationen zur Verteilung der Teilnehmenden befinden sich im Anhang.

MAINTIEN DE L'EMPLOI / ERHALT VON ARBEITSPLÄTZEN	DÉVELOPPEMENT DU MARCHÉ INTÉRIEUR / ENTWICKLUNG DES BINNENMARKTS	LA PRISE EN COMPTE DES DIFFÉRENCES CULTURELLES / BERÜCKSICHTIGUNG DER KULTURELLEN UNTERSCHIEDE	PRÉVENTION DE LA CORRUPTION / VERMEIDUNG VON KORRUPTION
COMPENSER LE MANQUE DE PERSONNEL QUALIFIÉ / AUSGLEICH FACHKRÄFTEMANGEL	HARMONISATION DE LA LÉGISLATION / HARMONISIERUNG DER GESETZGEBUNG	RENFORCEMENT DES RÉGIONS / STÄRKUNG DER REGIONEN	DROITS DE L'HOMME / MENSCHENRECHTE
OBSTACLES POUR LES PETITES ET MOYENNES ENTREPRISES / HÜRDEN FÜR KLEINE UND MITTLERE BETRIEBE	SOUVERAINETÉ NATIONALE / NATIONALE SOUVERANITÄT	DIVISION DE LA SOCIÉTÉ / SPALTUNG DER GESELLSCHAFT	ACCUEIL DES MIGRANTS TRANSFRONTALIER / GRENZÜBERSCHREITENDE AUFNAHME VON MIGRANTEN
SERVICES TRANSFRONTALIERS / GRENZÜBERSCHREITENDE DIENSTLEISTUNGEN	COHÉSION DE L'EUROPE / ZUSAMMENHALT EUROPA	VIVRE ENSEMBLE / ZUSAMMENLEBEN	PRODUCTION EN EUROPE / EIGENPRODUKTION IN EUROPA
CRISE DE SOINS / PFLEGEKRISE	BARRIÈRES BUREAUCRATIQUES / BÜROKRATISCHE BARRIEREN	DES VALEURS POUR L'EUROPE / WERTE FÜR EUROPA	FAKE NEWS STIGMATISATION / STIGMATISIERUNG
SOINS AIGUS / AKUTVERSORGUNG	GESTION DE CRISE TRANSFRONTALIÈRE GRENZÜBERGREIFENDES KRISENMANAGEMENT	RESPECT ET COOPÉRATION / RESPEKT & MITEINANDER	POIDS INTERNATIONAL / INTERNATIONALER GEWICHT EU
SYLVICULTURE / WALDWIRTSCHAFT	FAIRE FACE À LA PANDÉMIE / UMGANG MIT DER PANDEMIE		REPRÉSENTATION DE L'EUROPE EN MATIÈRE DE POLITIQUE ÉTRANGÈRE / AUSSENPOLITISCHE VERTRETUNG EUROPAS
INITIATIVES LOCALES POUR LE CLIMAT / LOKALE KLIMAINITIATIVEN	PROTECTION DES INSECTES / INSEKTENSCHUTZ	PROTECTION DES EAUX SOUTERRAINES / SCHUTZ DES GRUNDWASSERS	DROIT DE VOTE / WAHLRECHT
AUGMENTATION DU TRAFIC INTERNATIONAL / ZUNAHME DES INTERNATIONALEN VERKEHRS	PROTECTION CLIMATIQUE TRANSFRONTALIÈRE / GRENZÜBERSCHREITENDER KLIMASCHUTZ	PROTECTION DE LA NATURE / NATURSCHUTZ	PROCHE DES CITOYENS / BÜRGERNÄHE
DÉVELOPPEMENT DU TRAFIC / VERKEHRSWENDE	MOBILITÉ URBAINE / URBANE MOBILITÄT	ÉCONOMIE CIRCULAIRE / KREISLAUFWIRTSCHAFT	RECONNAISSANCE DE L'UE PAR LA POPULATION / ANERKENNUNG DER EU IN DER BEVÖLKERUNG
TARIFS TRANSFRONTALIERS DANS LES TRANSPORTS PUBLICS / GRENZÜBERSCHREITENDE TARIFE IM ÖPNV	MEILLEURE PRATIQUE EN EUROPE / BESTE PRAXIS IN EUROPA	PROTECTION DES RESSOURCES / RESSOURCENSCHUTZ	COMPÉTENCES DU PARLEMENT EUROPÉEN / KOMPETENZEN DER EU-PARLAMENT
RENFORCEMENT DE LA PRODUCTION ET DE LA CONSOMMATION RÉGIONALES / STÄRKUNG REGIONALER PRODUKTION & VERBRAUCH	AGRICULTURE / LANDWIRTSCHAFT SUBVENTIONS À L'AGRICULTURE / SUBVENTIONEN DER LANDWIRTSCHAFT	POLLUTION / UMWELTVERSCHMUTZUNG	RENFORCER LE THÈME DE L'EUROPE À L'ÉCOLE / STÄRKUNG DES THEMAS EUROPA IN DER SCHULE
		AGRICULTURE BIOLOGIQUE / BIO-LANDWIRTSCHAFT	MEILLEURE PRATIQUE EN EUROPE / BESTE PRAXIS IN EUROPA

L'Europe de l'avenir: thèmes, opportunités et défis
Europa der Zukunft: Themen, Chancen und Herausforderungen

Abbildung 1: Europa der Zukunft - Themen, Chancen und Herausforderungen der Bürger*innen

Nach der Diskussion und Aufnahme der Themen der Bürgerinnen und Bürger werden diese mit den Themenfeldern der Konferenz zur Zukunft Europas verglichen. Für die Konferenz hat die EU zehn Themenfelder festgehalten:

- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Die EU in der Welt
- Werte und Rechte, Rechtstaatlichkeit, Sicherheit
- Digitaler Wandel
- Demokratie in Europa
- Migration
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- weitere Ideen

Hierbei werden die Themen der Bürgerinnen und Bürger von der Moderation den Themenfeldern der EU-Zukunftskonferenz zugeordnet. Im Anschluss priorisieren die Teilnehmenden die Themenfelder für den weiteren Dialog mittels einer Schnellumfrage auf WebEx. Sie werden gefragt, zu welchen Themenfeldern sie am zweiten Veranstaltungstag in Unterarbeitsgruppen weiterarbeiten und konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen für die EU erarbeiten möchten. Aufgrund der großen thematischen Breite des Bereichs „Klimawandel und Umwelt“ wird dieser in der Umfrage in drei Themen – Klimawandel und Umwelt, Landwirtschaft und Verkehr – aufgeteilt.

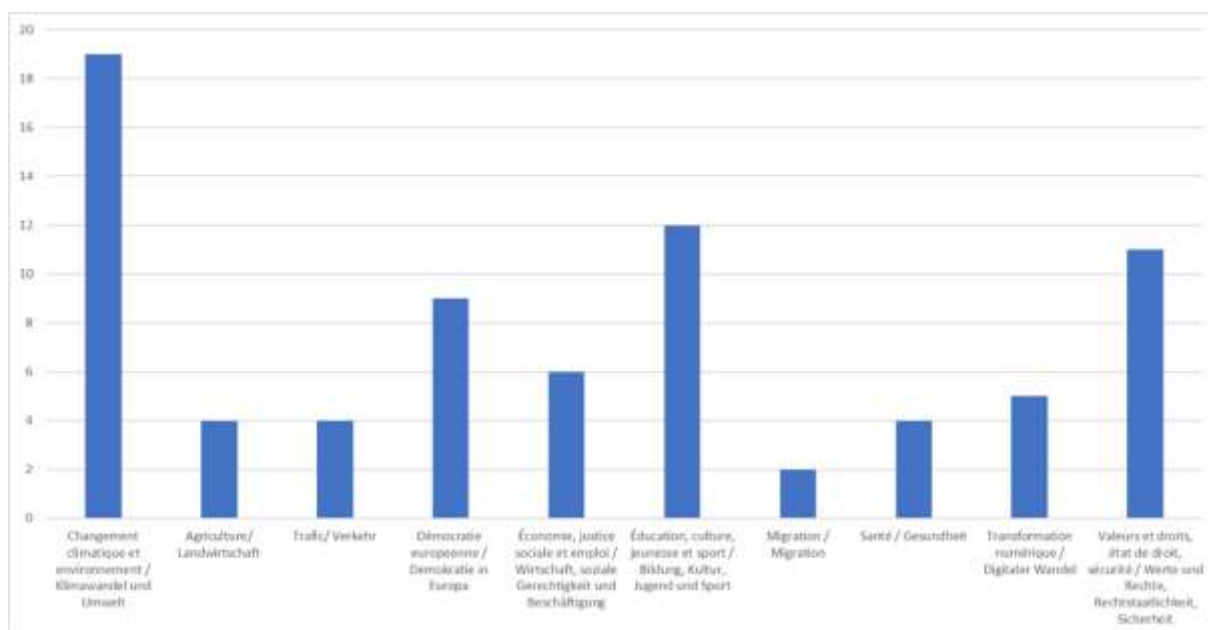


Abbildung 2: Schnellumfrage zur Priorisierung der Themenfelder für den weiteren Dialog

Als Ergebnis der Schnellumfrage werden fünf Arbeitsgruppen für den zweiten Veranstaltungstag festgehalten:

1. Demokratie in Europa
2. Klimawandel und Umwelt
3. Bildung, Kultur, Jugend und Sport
4. Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
5. Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, Digitalisierung

Die Teilnehmenden können hierbei frei entscheiden, an welcher Arbeitsgruppe sie teilnehmen möchten.

Aktuelle Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Peio Dugoua-Macé, Mouvement Européen d'Alsace

Peio Dugoua-Macé vom gemeinnützigen Verein „Mouvement Européen d'Alsace“ präsentiert den Teilnehmenden aktuelle Initiativen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Da viele Bürgerinnen und Bürger Europa und die EU als weit weg und komplex wahrnehmen, setzt der Verein sich für die Sensibilisierung für europäische Themen ein. Als Beispiel gelten die „Grenzgespräche von Straßburg, Freiburg, Basel“. In bilingualen Veranstaltungen werden vor allem junge Menschen in einen Dialog gesetzt, um sie in die europäische Diskussion einzubeziehen und ihnen Gehör zu verleihen. Weiter treibt der Verein die Anerkennung eines europäischen Vereinsstatus zur Stärkung europäischer, ehrenamtlicher Arbeit voran und fördert die grenzüberschreitende Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger nach dem Beispiel des Erasmus-Programms für Studierende.

Ideen aus den Arbeitsgruppen

In den Arbeitsgruppen erarbeiten die Bürgerinnen und Bürger konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen zur Zukunft Europas. Die Arbeitsgruppen folgen hierbei der Struktur einer Zukunftswerkstatt: Im ersten Schritt werden die Teilnehmenden im Sinne einer „Kritikphase“ gefragt, wo Europa mit Blick auf das jeweilige Thema heute scheitert. In nachfolgender „Fantasiephase“ beschreiben sie anschließend, wie ihre gewünschte Zukunft aussieht. In der abschließenden „Verwirklichungsphase“ skizzieren sie konkrete Initiativen und Maßnahmen, mit denen die gewünschte Zukunft erreicht werden könnte. Die Arbeitsgruppen werden von Mitarbeitenden der Region Grand Est, des Staatsministeriums Baden-Württemberg und von DIALOG BASIS moderiert und dokumentiert.

Demokratie in Europa

1. Mitreden und Mitgestalten

- Bürgerentscheide/Direkte Abstimmung/Referendum:
 - Notwendigkeit eines vorgeschalteten Auswahlprozess, um spezifische Themen zu identifizieren
 - Abstimmung bspw. Über die Verteilung öffentlicher Gelder
- Bürgerbeiräte/Bürgerkreise auf allen Ebenen inkl. in Schulen und grenzüberschreitend
- Freiwilliger politischer Dienst/Politische Woche/Politisches Jahr als Einstieg in den Bürgerbeirat
- Bürgervertretung im Europäischen Rat
- Initiativrecht EU-Parlament
- Aktivierung von breiter Bevölkerung
- Kennenlernen von Politikerinnen und Politikern vor Ort

2. Repräsentation

- Ziel: Anregung der Politikdebatte in der breiten Bevölkerung
- Wer könnte repräsentativ sein? Gesicht für Europa?
- In jedem Land ein Bürgerparlament einrichten
- Ein(e) Kandidat(in) pro Land für die EU-Ebene stellen und daraus eine(n) Repräsentantin/(-en) auf Zeit wählen

3. Debattenkultur

- Ziel: Gesellschaftliche Spaltung und Extremismus durch Stärkung der Debattenkultur und Meinungsfreiheit begegnen
- Ziel: Öffentliche Debatten vor politischen Entscheidungen
- Möglichkeiten für Meinungsstreit, Äußerung von kontroversen Meinungen, Kritik
- Formate des Meinungsaustauschs: Freien, offenen, direkten, kontroversen Diskurs fördern
 - Bürgerrunden: Regelmäßige Begegnung zwischen Politikerinnen und Politikern auf allen Ebenen
 - Debattenkultur in Schulen und Wirtschaft einrichten
 - Debattierclubs in Schulen, Wirtschaft, politischen Organisationen
 - Medienkritik: Rolle von EU-Themen in TV-Debatten
- Umgang mit digitalen Plattformen:
 - Proaktive Rolle der EU vs. Innovation ermöglichen
 - EU-Regelungen für Internetplattformen: Verstärkungsalgorithmen nur mit ausdrücklicher Zustimmung, Filterfunktion als Option
 - EU- Leitlinien: Öffentliche Zugänglichkeit, Pluralität und Transparenz von Medienplattformen

- Verordnung zum Verbot von privatwirtschaftlicher Datennutzung, ausdrückliche Zustimmung notwendig, Standardeinstellungen

4. Transparenz der EU-Politik

- Präsenz von EU-Themen in den Medien
- Einblicke in Lobby-Arbeit/ Verteilung von öffentlichen Geldern
- Ansprechpartner/in: an wen wende ich mich?
- Wer repräsentiert meine Meinung?
- Ernsthaftigkeit, Seriosität der Wahlen

5. Proaktive Rolle der EU und Transparenz der Mitgliedstaaten

- Schnellere Entscheidungswege
 - Expertenrat mit hoher Transparenz: Beratende Funktion, Anstöße zu strategischem politischem Handeln
 - Hierarchie von Problemstellungen: Wichtigkeit, Dringlichkeit
- Vorausschauendes Handeln, Antizipation von Problemfeldern und Krisen
 - Solidarität der Mitgliedsstaaten bei politischen Entscheidungen, mit Blick auf die strategischen Ziele und weniger auf nationale Interessen
 - Stärkung der Rolle von Spezialistinnen und Spezialisten, Forschung bei strategischen politischen Entscheidungen (z.B. Militär, Raumfahrt, Innovationen, Automobilbranche)

Klimawandel und Umwelt

1. Klimaneutralität in der EU

- Vereinheitlichung der Ziele zwischen den Mitgliedstaaten
 - EU-weiter Kohleausstieg
 - Zieldatum für Klimaneutralität nach vorne rücken
- Vereinheitlichung auch zwischen den Politiksektoren
 - Klimaschädliche Subventionen (Kohle, Öl, industrielle Landwirtschaft) streichen bzw. auf klimafreundliche Ansätze umlenken
- CO₂-Steuer als zentrales Instrument weiterentwickeln
 - Insbesondere: Emissionsreduktion in der Industrie
 - Maßnahmen gegen Verlagerung der Produktion ins außereuropäische Ausland
- Stärkung der Forschung zu erneuerbaren Energien
- Stärkung der Aufmerksamkeit über den Klimawandel

2. Kreislaufwirtschaft EU-weit entwickeln

- Im ersten Schritt: Reduzierung von Müll
 - EU-weites Pfandsystem vorantreiben
 - Einwegprodukte noch stärker begrenzen
- Einheitliches europäisches Recyclingsystem – Vorteil für
 - Bürgerinnen und Bürger im Urlaub
 - Unternehmen, die mit Recyclingmaterial arbeiten
- Recyclbarkeit von Produkten als Vorgabe in der EU
 - Verpflichtung für Recyclbarkeit und Rücknahme
 - Recyclingquote
 - Zusätzliche Steuerung über die Preisgestaltung von Rohstoffen (neue Rohstoffe da versteuern, wo Recyclingmaterialien eine Alternative sind)
- Stärkung der Zielsetzung auch global
 - Exportverbot für Abfälle und recycelbare Materialien, wenn diese in den Zielländern nicht nach EU-Standards recycelt werden

3. Stärkung des Bahnverkehrs in der EU

- Stärkung der europäischen Subventionen des Bahnverkehrs
- Für den Personenverkehr: Bahnverkehr als wirkliche Alternative zum Flugverkehr entwickeln
 - Ausbau des Schienennetzes auch in die Regionen
 - Preisgünstige und praktische Bahntickets: EU-weite oder grenzüberschreitende Tarifsysteme
 - Verlässlichkeit der Zeitpläne
 - Auch andere öffentliche Verkehrsmittel berücksichtigen
- Für den Güterverkehr: Verlagerung von der Straße auf die Schiene

4. Nachhaltiges Bauen vorantreiben

- Europäische Normen für Neubauten
 - Energieeinsparung & Wärmedämmung
 - Integration von Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energien
 - Nutzung ressourcenschonender und nachhaltiger Baustoffe & Recyclingbaustoffe
 - Trennbarkeit von Baustoffen in der Architektur und Bau
 - Dach- und Fassadenbegrünung
- Europäische Normen für Sanierung: Bauen im Bestand stärken
 - Versiegelung neuer Flächen vermeiden
 - Die Nutzung versiegelter Flächen (z.B. Parkplätze, Industriegebiete) für erneuerbare Energien stärken
 - Für Bürgerinnen und Bürger: Preisreize schaffen
- Angebot von regionalen Baustoffen stärken und diese preislich attraktiv machen

5. Kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken

- Biodiversitätsfördernde Landwirtschaft vorantreiben
 - Ziele: Erhalt der Artenvielfalt, gesunde Böden, artengerechte und flächengebundene Tierhaltung - alle mit Beitrag zum Klimaschutz
- Anpassung der Subventionen der Landwirtschaft
 - Förderung kleiner, nachhaltiger Betriebe stärken
 - Vereinfachung der Bürokratie für kleine landwirtschaftlichen Betriebe
 - Ausbau von Beratung – zur Förderung sowie zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen
 - Preisvergünstigung von regionalen landwirtschaftlichen Produkten
 - Zum Teil durch CO₂-Bepreisung der langen Transportwege
- Grenzüberschreitende Aufnahme von Produkten ermöglichen

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

1. Lehrpläne der Schulen

- Stärkung der Bedeutung des sprachlichen Schulaustauschs, vor allem zwischen den Grenzen für das Erlernen einer Sprache
- Harmonisierung der Bildungsstandards zwischen den EU-Ländern (mehr Vergleiche der Standards zwischen den Ländern)
- Vereinfachung des Verfahrens zur Harmonisierung von Abschlüssen zwischen EU-Ländern
- Mehr Zeit in den Lehrplänen für die Studienfachberatung einplanen
- Verlängerung der Schulzeit und Verlängerung des "Kerncurriculums", um Schülerinnen und Schülern sowie Eltern bei der Wahl des Studienfachs zu helfen

2. Verbesserung der Kommunikation

- Schaffung eines europäischen Diploms, das allen Bürgerinnen und Bürger, die in Europa studieren, neben den nationalen Diplomen automatisch ausgehändigt wird
- Bessere und regelmäßige Kommunikation über die bestehenden Möglichkeiten, die für Berufstätige über die Institutionen und für Bürgerinnen und Bürger über die klassischen Kommunikationsnetze laufen (TV, Presse, Radio)
- Besser kommunizieren, welche Arten von Studiengängen in Europa angeboten werden und wie die Bildung in Europa im Allgemeinen aussieht

- Eine effiziente europäische Online-Plattform, die alle Links und Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zentralisiert - Kommunikation über diese Plattform

3. Rolle von Kultur und Sport stärken

- Vereinsrecht in Europa harmonisieren und administrative Hürden abbauen, um grenzüberschreitende und europäische Projekte zu erleichtern
- Kultur und Sport als Prioritäten in den Städtepartnerschaften etablieren und diese Beziehungen besser nutzen, um den Austausch von Sport und Kultur zu erleichtern
- Eine virtuelle Plattform für die Kontaktaufnahme zwischen freiwilligen französischen und deutschen Sport- und Kulturvereinen schaffen, die FR/DE-Partnerschaften suchen
- Mehr finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieser Ideen!

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

1. Zusammenleben in der EU

- Austauschprogramme für Erwachsene / im Beruf: auch zwischen Verwaltungen (Land und Kommunen)
- Erfahrungen von Senioren für grenzüberschreitendes Consulting für Ehrenamtliche nutzen
- Mehr Austauschmöglichkeiten für Sport-, Musikvereine, Kulinarik
- Partnerklassen in Schulen über Online-Tools ausbauen und häufigeren Kontakt ermöglichen
- Online-Format für Bürgerkontakte über Grenzen hinweg ausbauen
- Grenzüberschreitende und europäische Feste als informelle Möglichkeit der Begegnung
- EU-Gäste mehr in Stadtfeste etc. integrieren

2. Werte für das Zusammenleben stärken

- EU-System besser verständlich machen
- Stärkung des Europäischen Parlaments
- EU-Volksbefragung über Themen, die im EP behandelt werden sollen
- EU-weite Debatte (mit Wissenschaftler/innen) über grundlegende Werte und Grundlagen für das Wohlfühlen (Respekt, Austausch etc.) der EU-Bürgerinnen und Bürger
- EU-weite Debatte über die Zielsetzungen der EU anstoßen

- Grenzüberschreitend und EU-weit Räume für offenen Austausch über Werte / Dialogformate zum Zuhören schaffen
- EU-Quiz über Grundrechte-Charta mit Preisen (z.B. Reisen)
- Auf Glaubwürdigkeit der EU achten (auch ggf. Rücknahme von Initiativen; Exit-Option); wirtschaftliche Interessen nicht den Werten opfern (unterschiedliche Meinungen in der Gruppe)
- Werte identifizieren, die nicht verhandelbar sind

3. Rechtsstaatlichkeit stärken

- Gemeinsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit (weiter) entwickeln
- Mehr Diskussionen in den Mitgliedstaaten über Rechtsstaatlichkeit führen
- Katalog entwickeln: wofür steht die EU, welche Werte sind unabdingbar, Sanktionen müssen vor einem Beitritt feststehen
- Einstimmigkeitsprinzip darf Sanktionen nicht verhindern
- Zivilgesellschaftliche Organisationen / Minderheitspositionen in Bezug auf EU-Werte mit EU-Mitteln unterstützen
- Diskussion über Ziele und Zukunft der EU

4. Grenzen in der EU

- Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei, mehr Einsatz von Dolmetscher/innen, um alltägliche Zusammenarbeit zu erleichtern
- Keine Grenzschießungen, aber stichprobenartige Kontrollen als Option zur Kriminalitätsbekämpfung beibehalten
- Mehr Befragungen der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Grenzregime
- Schaffung eines Europäischen Geheimdienstes

Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, Digitalisierung

1. Gemeinsame Sprache / Kommunikation

- Elektronische Lösung für Übersetzungsprobleme in Echtzeit
- Teilhabe: Wie kann dies für alle zugänglich gemacht werden
- Oder braucht es neutrale Sprache?

2. Starke Vertretung von Berufsgruppen

- Starke Rolle der Vertretung von sozialen Berufen/Gewerkschaften
- Klassische Industrien haben zu starke Lobbys
- Staatliche Förderung von sozialen Berufen

3. Harmonisierung von Löhnen

- Konkurrenz zwischen den EU-Ländern beenden
- Staatliche Förderung von sozialen Berufen notwendig
- Ungleichheit im Vergleich mit der Schweiz sehr stark
- Nach innen und außen konkurrenzfähig bleiben; EU als starker Wirtschaftsstandort
- Erfolg der EU fortsetzen (Angleichung der Lebensstandards/Wirtschaftskraft)
- Lenkungsfunktion der staatlichen Förderung nutzen

4. Investition in nachhaltige und qualitative Infrastruktur / Produkte

- Qualitative Produkte sind häufiger nachhaltige Produkte: staatliche Regulierung von Qualitätsstandards im Sinne der Klimafreundlichkeit
- Vermeidung von Müll/Schrott z.B. Fairphone
- Was können Konsument/innen tun?
- Kreislaufwirtschaft implementieren; Wiederverwendung von Rohstoffen, Komponenten austauschen; Wegwerfverhalten beenden
- Kurzfristiges Unternehmensinteresse überwinden
- Subventionen von CO₂-schädlichem Verhalten beenden, z.B. Dienstwagenförderung hin zu nachhaltigen Subventionen
- Es braucht auch einen sozialen Ausgleich

5. Ältere Menschen für Klimaschutz mobilisieren

- Werte/Erfahrungen der älteren Menschen nutzen, um alte Werte zu vermitteln und neues Denken anzustoßen

6. Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

- Ausbau von ÖPNV
- Dies könnte auch einen großen Beschäftigungseffekt nach sich ziehen

7. Bewusstseinsbildung bei Konsument/innen und Unternehmen fördern

- Arbeit auf verschiedenen Ebenen notwendig
- Weg von Fast Fashion, kurzfristigem Konsum
- Bildungsangebote in Schulen und Unternehmen
- Arbeitnehmer/innen sollten auf eigene Unternehmen hinwirken
- Dialog zwischen Unternehmen fördern
- Vermitteln, dass man mit weniger Geld nachhaltig leben kann
- Vermitteln von Qualitätswerten
- Werbung/Social Media für nachhaltige Produkte und nachhaltiges Verhalten nutzen und fördern, dazu Filterblasen aufbrechen, um nachhaltiges Folgeverhalten zu fördern; Algorithmen ändern
- Vorbild sein, es kommt auf Pioniere an

8. **Transparenz von Lobby-Interessen**

- Teilnahme von objektiven Parteien, z.B. zufällig ausgewählten Personen
- Lobbyrat, der Standards festsetzt
- Kontrolle von Wirtschafts-/Politikbeziehungen

9. **Nachhaltige Digitalisierung gestalten**

- Digitale Instrumente nehmen an Bedeutung zu
- Sie sollten verwendet werden, um klimaschädliches Verhalten zu vermeiden, z.B. Videokonferenzen statt Flugreisen
- Strom für digitale Angebote aus nachhaltigen Quellen
- Investition in klimaschonende digitale Lösungen

Schlussworte

Timo Peters, Staatsministerium Baden-Württemberg

Jean-Baptiste Cuzin, Abteilungsleiter grenzüberschreitende, Europäische und internationale Zusammenarbeit der Region Grand Est

Zum Abschluss des grenzüberschreitenden Dialogs bedankt sich **Timo Peters vom Staatsministerium Baden-Württemberg** bei den Teilnehmenden für ihr Engagement. Die Ideen der Bürgerinnen und Bürger werden im Nachgang der Veranstaltung vom Staatsministerium auf der Plattform der EU-Zukunftskonferenz eingereicht. Zudem werden sie im Rahmen der auswärtigen Kabinettsitzung der Landesregierung Baden-Württemberg in Brüssel diskutiert, um den Ergebnissen zusätzliche Sichtbarkeit zu geben. Zunächst münden die Ideen auch in den bereits erwähnten 6-Regionen-Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern aus Sachsen, Polen und Tschechien. Auch der Dialog zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Region Grand Est und Baden-Württemberg soll fortgesetzt werden.

Jean-Baptiste Cuzin, Abteilungsleiter grenzüberschreitende, Europäische und internationale Zusammenarbeit der Region Grand Est, schließt die Veranstaltung mit seiner Danksagung an die Teilnehmenden ab. Im Bürgerdialog wurden viele spannende Vorschläge und Erkenntnisse angebracht, die in den Gremien auf beiden Seiten der Grenze weiter diskutiert werden. Auch werden die Empfehlungen der Teilnehmenden den beteiligten Kommunen zur Verfügung gestellt, sodass die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger für europäische und grenzüberschreitende Integration auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene berücksichtigt werden können.

Anhang: Verteilung der Teilnehmenden des Bürgerdialogs

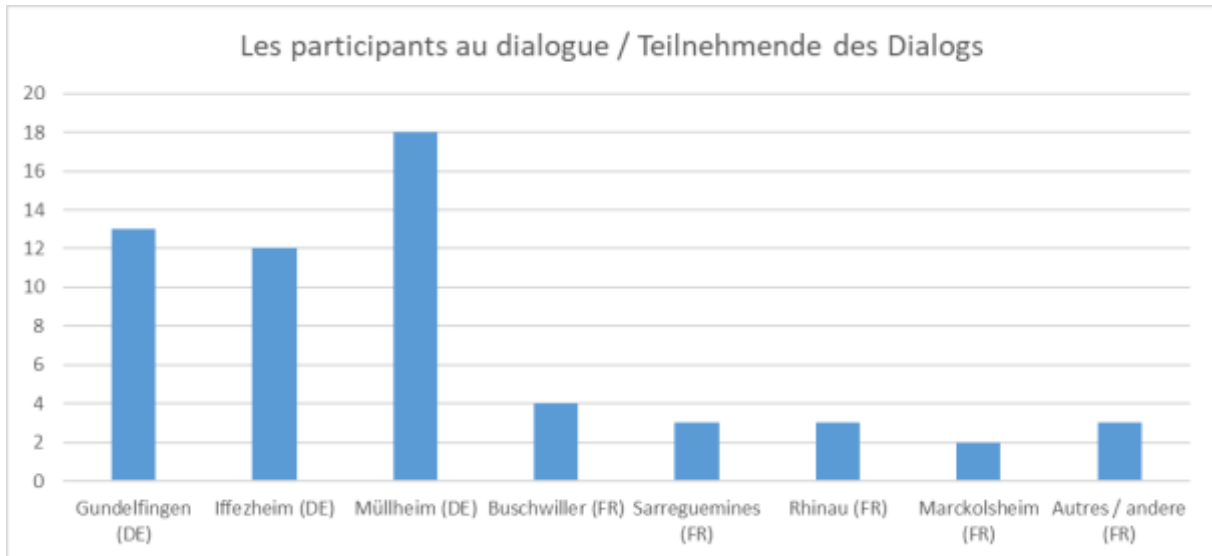


Abbildung 3: Verteilung der Teilnehmenden nach Kommune

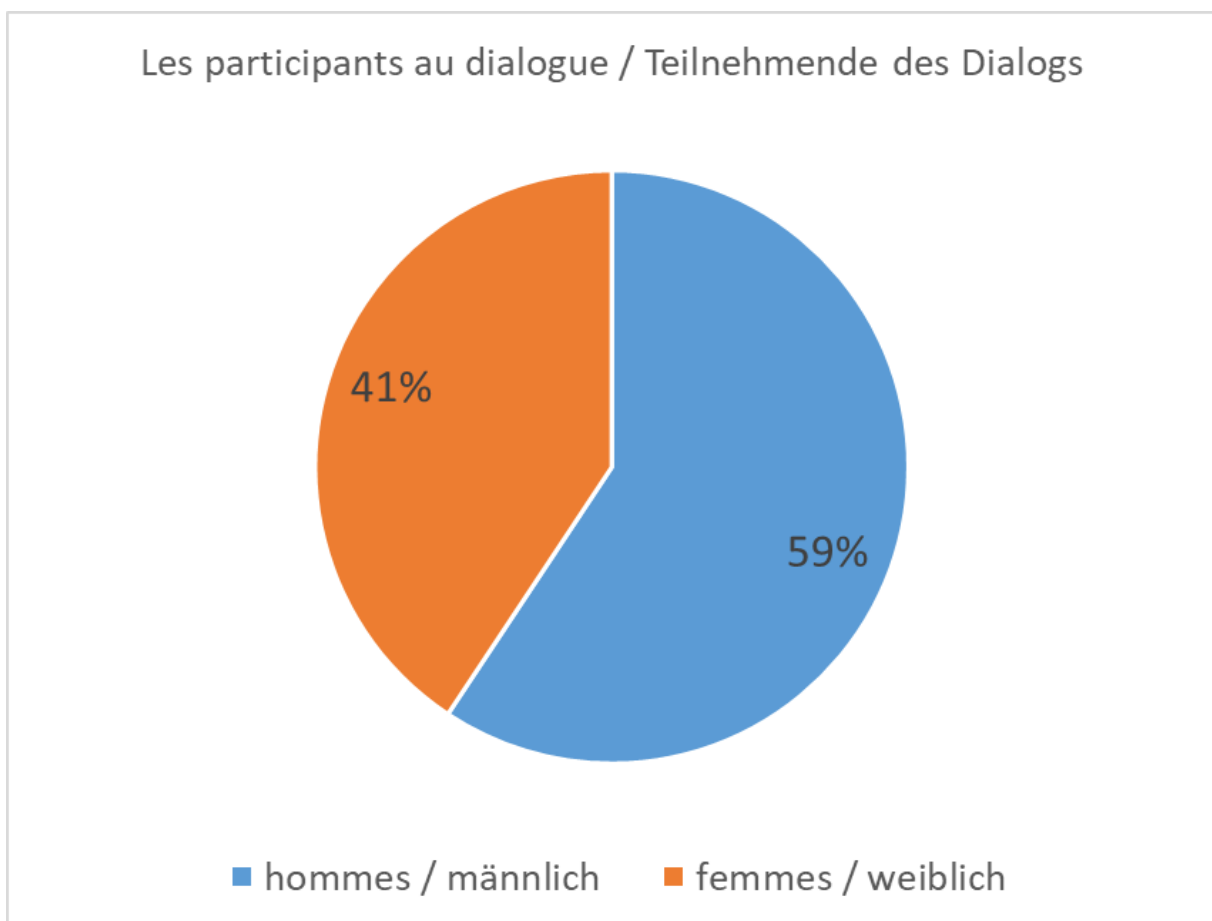


Abbildung 4: Verteilung der Teilnehmenden nach Geschlecht

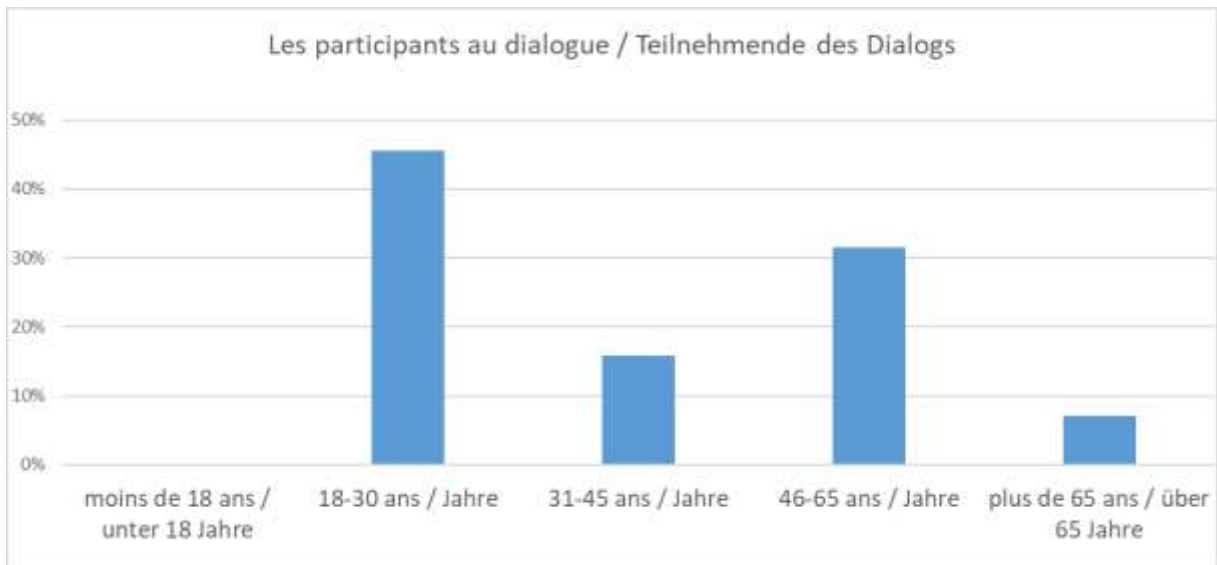


Abbildung 5: Verteilung der Teilnehmenden nach Altersgruppe



Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg
Stabstelle der Staatsrätin und Referat 61
Europa
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

www.stm.baden-wuerttemberg.de



Redaktion

DIALOG BASIS
Breitwasenring 15
72135 Dettenhausen

www.dialogbasis.de

Fotos/Screenshots

DIALOG BASIS
Zustimmung zur Veröffentlichung wurde
im Rahmen der Veranstaltung durch die
Teilnehmenden mündlich erteilt.

November 2021